

Wenn das Mandat zum Nebenjob wird

NEBENEINKÜNFTE Höchchststufe 10 kann unbegrenzt hohe Beträge verbergen

VON ANDREAS HERHOLZ,
BÜRO BERLIN

BERLIN – Peter Gauweiler ist Spitze. Nicht am Rednerpult, nicht bei der Anwesenheit und den Abstimmungen und auch nicht, wenn es um die Ausschussarbeit geht. Doch bei den Nebenverdiensten liegt er ganz weit vorn: Seit Beginn der Wahlperiode hat der Münchener als Anwalt fast eine Million Euro dazuverdient, so die Berechnung der Organisation abgeordnetenwatch.de.

Höhere Einkünfte als Abgeordneten diäten – da droht das Bundestagsmandat zum Nebenjob zu werden. Die Diäten betragen seit dem 1. Juli 2014 monatlich 8667 Euro. Ab dem 1. Januar 2015 werden sie auf 9082 Euro erhöht. Und dennoch: Jeder vierte der 631 Volksvertreter hat mindestens einen bezahlten Nebenjob.

SO VIEL VERDIENEN UNSERE POLITIKER DAZU

Franz-Josef Holzenkamp (CDU, Cloppenburg – Vechta): 54 500 Euro

Stephan Albani (CDU, Oldenburg – Ammerland): 40 500 Euro

Peter Meiwald (Grüne, Oldenburg – Ammerland): 15 000 Euro

Astrid Grotelüschen (CDU, Delmenhorst – Weser-

marsch – Oldenburg-Land): 9000 Euro

Keine Angaben (Verdienst unter 1000 Euro im Monat oder 10 000 Euro im Jahr) mussten folgende Abgeordnete machen: Gitta Conneemann (CDU, Unterems); Karin Evers-Meyer (SPD, Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund); Gabriele Groneberg (SPD, Cloppenburg – Vechta); Hans-Werner Kammer

(CDU, Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund); Susanne Mittag (SPD, Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land); Markus Paschke (SPD, Unterems); Dennis Rohde (SPD, Oldenburg – Ammerland); Johann Saathoff (SPD, Aurich – Emden); Heiko Schmelzle (CDU, Aurich – Emden); sowie Barbara Woltmann (CDU; Oldenburg – Ammerland).

Seit Beginn der Legislaturperiode hätten die Parlamentarier bereits mehr als 6,6 Millionen Euro dazuverdient, so abgeordnetenwatch.de. Mindestens 2,1 Millionen Euro davon stammten aus anonymen Quellen.

Mehr Transparenz? Auch die Neuregelung der Veröffentlichung der Nebenverdienste hat nicht dafür gesorgt. Demnach wird die Höhe der Nebeneinkünfte in zehn Stufen eingeteilt. Hinter Stufe 10 (über 250 000 Euro)

ließen sich „unbegrenzt hohe Beträge verbergen“, kritisierte abgeordnetenwatch.de. Zudem müssen Parlamentarier, die unter 1000 Euro im Monat oder weniger als 10 000 Euro im Jahr dazuerdienen, dies nicht angeben.